

Widerstand und Selbsthilfe

Dokumente der Arbeitstagung des „BAUERNBLATT“

Die Arbeitstagung des „BAUERNBLATT“ (27./28. 2. 1982) wurde mit der folgenden Rede eröffnet. Die Rede wurde von der Bauernblattgruppe Westfalen erarbeitet und von Karl Friedrich Osenberg gehalten.

„Nicht nur schimpfen, nicht nur hoffen, der Bauernverband wird's schon machen, sondern das Schicksal in die eigene Hand nehmen, unabhängig von Genossenschaften und Industrie die Interessen der Bauern vertreten.“ Das waren die Grundgedanken von 20 Bauern, als sie vor acht Jahren den ‚Arbeitskreis Junger Landwirte‘ AKJL in Bondorf gründeten. Das ist heute nötiger denn je.

Unsere Lage ist gekennzeichnet durch . . .

einen rapiden Einkommensrückgang, 1980 um durchschnittlich 30 %, von hochschnellender Verschuldung der Betriebe. So wuchs die Schuldenlast im letzten Jahr um 25 % und 100 000 Bauernfamilien bestritten ihren Lebensunterhalt im letzten Jahr vollständig mit Krediten, lebten also von der Substanz der Höfe.

Am härtesten von dieser Entwicklung betroffenen, darauf haben wir immer hingewiesen, sind die klein- und mittelbäuerlichen Betriebe. Sie haben Einkommenseinbußen von 35 — 55 %, während die größeren Betriebe dabei mit nur minus 0,5 % ihr Einkommen fast halten konnten.

Die Bauern im unteren Einkommensviertel haben im vergangenen Wirtschaftsjahr minus 638 DM für ihre Arbeit erhalten. Zur gleichen Zeit verdienten die im oberen Einkommensviertel Liegenden 50 000 DM je Arbeitskraft.

Der Wachstumsdruck verschärft sich. Nur das Prinzip ‚Wachsen oder Weichen‘ funktioniert nicht mehr. Ein Weichen angesichts von zwei Millionen Arbeitslosen ist nicht mehr drin.

Aber welche Schicksale stehen hinter diesen sachlichen Statistiken und schnöden Zahlen?

Kaum zu beschreiben für Personen, die nicht drinstecken in dem Druck der auf den meisten Bauern lastet. Wenn die Rechnungen kommen mit den regelmäßigen Preissteigerungen, so beim Kraftfutter, bei den Düngemitteln, bei den Versicherungen. Eins kommt zum anderen, aber woher nehmen?

Das wirkt bis in die Familie, schafft gereizte Stimmung, Streit mit der älteren Generation, mit den Kindern, die Wut entlädt sich am Greifbaren, wenn auch an Unschuldigen. Die Spannungen mit den Freunden und Freundinnen, die nicht in solche Verhältnisse einheiraten wollen; die Kinder, die andere Berufe erlernen, weil sie keinen Sinn, keine Zukunft als Bauern sehen; und die Enttäuschung der Eltern, die für den Erhalt des Hofes gerackert und gespart haben, kurz ihr ganzes Leben auf eine Hofübergabe an Erben ausgerichtet haben.

Der wirtschaftliche Druck zerstört nicht nur viele Arbeitsplätze, sondern auch Nachbarschaft, er verschärft die Konkurrenz untereinander, spaltet den Widerstand, vereinzelt, d. h. vereinsamt. Was in dieser Situation bleibt ist das Gefühl von Hoffnungslosigkeit und Wut. Diese entlädt sich z. B. gegen Arbeitslose, Ausländer oder Bauern in anderen EG-Staaten; sie entlädt sich genau wie in der Familie an der falschen Adresse.

Und wie sieht es für uns jungen Bauern aus?

Hierzu zitiere ich die Rede von Gerd Wedell, Kreisvorsitzender der Westf.-Lipp. Landjugend des Kreises Unna, die er während der Demonstration am 14. 2. 1981 hielt:

„Vor zehn Jahren haben die Agrarpolitiker gesagt: ‚Jeder gut geführte Betrieb kann überleben‘. Daraufhin haben wir drei Jahre Lehre und ein Gehilfenjahr gemacht und sind dann zwei Jahre zur Fachschule gegangen, insgesamt sechs Jahre Ausbildung — das müßte doch für eine gute Betriebsführung ausreichen. Und trotzdem, wir wissen nicht, wie es auf unseren Höfen weitergehen soll. Wie viele Landwirtschaftsmeister unter uns mußten und müssen ihre Betriebe trotz ihrer guten Ausbildung und Fleiß aufgeben? Die besonders Schläuen unter den Politikern sagten uns: ‚Nur wer ständig investiert und wächst, überlebt‘. Und wir haben investiert und sind zunächst langsam gewachsen. Jede leere Ecke wurde noch zusätzlich genutzt, die ersten Um-

und Anbauten entstanden. Als das auch wieder nicht mehr reichte, riet uns die Beratung jetzt richtig groß zu investieren. Nach dem Motto: Nicht kleckern, sondern klotzen. Doch dafür reichte das Gesparte nicht mehr, Kredite mußten her. Aber schon nach einiger Zeit mußte festgestellt werden, daß trotz aller Investitionen, technischen Fortschritts und trotz allen Wachstums, das Einkommen stimmt hinten und vorne nicht mehr und die Arbeit ist auch nicht weniger geworden.“

Das hat uns die Politik des ‚Wachsens oder Weichens‘ gebracht: mehr Arbeit, höhere Verschuldung und Zinsbelastung und dadurch mehr Streß. Das hat viele Betriebe, bzw. Betriebsleiter kaputtgemacht. Investitionen, ob große oder kleine, schafften keine Sicherheit, halfen höchstens eine Runde weiter.

Angesichts dieser Lage und dieser Entwicklung bräuchten wir eine starke Interessenvertretung.

Aber was ist aus der wirtschaftlichen Interessenvertretung geworden?

Die Genossenschaften, einst Selbsthilfeeinrichtungen der Bauern, unterscheiden sich zunehmend weniger von den Praktiken privater

Unternehmen; sind häufig, das Vertrauen der Bauern mißbrauchend, schlimmer als jene. Durch Sonderkonditionen für den Großbetrieb bzw. Großlieferanten, helfen sie denen, die es am wenigsten brauchen.

Die Genossenschaften sind uns Bauern entglitten, sie gehören uns nur noch formell



Unternehmen; sind häufig, das Vertrauen der Bauern mißbrauchend, schlimmer als jene. Durch Sonderkonditionen für den Großbetrieb bzw. Großlieferanten, helfen sie denen, die es am wenigsten brauchen.

Die Genossenschaften sind uns Bauern entglitten, sie gehören uns nur noch formell

Und die politische Interessenvertretung, der Deutsche Bauern-Verband

Die unteren Ebenen sind passiv, entmündigt von einer hierarchischen Vorstandspitze; sie führen häufig als einziges Treffen die jährlich vorgeschriebene Generalversammlung durch. Auf der Ebene, wo die Sorgen der Bauern brennen, wo diskutiert werden kann, wo Forderungen aufgestellt und Solidarität erlernt werden müßte, läuft nichts!

Die Entscheidungen gehen von oben nach unten. Die unteren Ebenen müssen den Druck abfangen (bei Demonstrationen Kulisse spielen). Und die da oben, die Führung?

Häufig sind sie nur dem Namen nach Bauern. Sie sitzen in den Parlamenten, in den Aufsichtsräten und Vorständen von Industrie und Ban-

ken, sind verflochten hier und da, sind Diplomaten und gute Rechner.

Nur daß viele Bauern ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen können, das können sie nicht ändern.

Sie haben viele Herzen in der Brust, doch zum Kämpfen keine Lust!

Es gilt ein Ausspruch, der beschreibt die Lage der Bauern wie folgt: ‚Den Geldbeutel der Industrie, Handel und Genossenschaft, den Kopf dem Bauernverband!‘

Der Bauernverband verwirrt seine Mitglieder dadurch, daß er gegen die holländischen und französischen Bauern schimpft. Den holländischen und französischen Bauern geht es wie den hiesigen.

Der Bauernverband spaltet uns von den Arbeitern und den Verbrauchern und verbrüdert uns mit Bayer, Deutz und den Banken. Er verwischt die innerlandwirtschaftlichen Interessengegensätze durch eine ständische Politik.

Präsident Heereman forderte auf der Grünen Woche 1981 eine Begrenzung der Viehbestände auf 70 Kühe und 1000 Mast Schweine. Von dieser Größenordnung brauchen wir tatsächlich nur 100 000 Betriebe. Nebenbeibemerkt sind diese

Betriebsgrößen noch als Familienbetriebe zu führen.

Diese Politik des Bauernverbandes unterstützt den Strukturwandel dadurch, daß uns der DBV ruhig hält, Widerstand unterdrückt oder auf falsche, ständische Wege leitet.

Angesichts der anstehenden Ruinierungswelle übernimmt der Bauernverband mit seinen scharfen Reden, falschen Forderungen und wohlodorierten Dampfabaßdemos die Rolle dessen, der uns die Hand vor die Augen hält und uns zur Schlachtbank führt.

Die Zukunft selbst in die Hand nehmen

Die Zukunft selbst in die Hand nehmen und den Kampf für unsere Interessen im Bauernverband aber auch außerhalb, wenn es nötig ist selbst aufnehmen, das ist der Ansatz des „BAUERNBLATT“. Während der beiden vergangenen Tagungen haben wir uns mit der Lage der Bauern und der Qualität der Lebensmittel beschäftigt. Wir haben herausgearbeitet, daß von der jetzigen Entwicklung auch Betriebe profitieren, die Mehrheit der Bauern aber, die mit den kleinen und mittleren Höfen und Einkommen, in den Ruin getrieben werden.

(Fortsetzung Seite 6)

(Fortsetzung von Seite 5)

Hier müssen die Maßnahmen ansetzen, z. B. gestaffelte Preise, die die klein- und mittelbäuerliche Erzeugung sichern, die agrarische Massenproduktion verhindern.

Auch das ist nicht leicht durchzusetzen, aber bietet doch die Gewähr, daß es wirklich denen hilft, die es brauchen.

Wir sind weiterhin der Meinung, daß die bäuerliche Landwirtschaft keine Existenzberechtigung hat, wenn sich die Agrarentwicklung ausschließlich nach dem Kriterium der möglichst billigen Nahrungsmittelproduktion richtet. Da ist der Großbetrieb und die Agrarindustrie billiger!

Aber es geht um viel mehr, um unsere Arbeitsplätze, um das Sozialgefüge des ländlichen Raumes und die Qualität der Nahrungsmittel. „Mit der bäuerlichen Landwirtschaft stirbt der ländliche Raum, eine gesunde Ernährung, eine lebenswerte Umwelt“ so hat es die Westf.-Lipp. Landjugend treffend formuliert.

Wir wollen keine egoistischen Gruppeninteressen durchsetzen, sondern eine Agrarpolitik, die sich an den Interessen der Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten, orientiert an den ökologischen Erfordernissen des ländlichen Raums, an der Nahrungsmittelqualität sowie an den Preisen, die Erzeugern und Verbrauchern gerecht werden.

Diese Haltung hat das „BAUERNBLATT“ in der Vergangenheit erarbeitet. Die eigenen Interessen selbst vertreten, das hat zumindest in Westfalen in den letzten Jahren bedeutet: Kampagnen und Aktionen zu wichtigen politischen Entscheidungen durchführen.

Nein zum Milchpfennig, nein zur neuen Milchgüteverordnung, für höhere, gestaffelte Preise; das waren die wichtigsten Forderungen, die hier Schwerpunkt der Arbeit waren. In Flugblättern und Versammlungen haben wir unsere Haltung erläutert, über die Folgen des jeweiligen Angriffs auf unser Einkommen aufgeklärt. Wir haben in dem Rahmen, in dem wir wirken konnten, den Abwehrkampf geführt. Dabei waren wir uns der Grenzen unserer Kraft wohl bewußt. Wir wußten sehr wohl, daß wir letztlich uns nicht würden durchsetzen können.

Wir haben erfahren, daß man nur im praktischen Widerstand zusammenfinden und die Opposition entwickeln kann, daß Signale gesetzt werden müssen, um anderen den Weg zu zeigen. So haben wir viel Zustimmung und Achtung erlangt. Die Westf.-Lipp. Landjugend ist mittlerweile vielen Bauern bekannt als eine Gruppe, die nicht schweigt und sich wehrt.

Außerdem haben wir viel gelernt, nicht nur unsere Sorgen auszudrücken, sondern auch zu kapierten, worum es hinter den Kulissen geht. Obwohl uns klar war, daß wir das Ruder nicht herumreißen konnten, wußten wir auch, daß Maßnahmen abgeschwächt und langsamer durchgezogen werden, wenn sich Widerstand regt. Und wenn der hiesige Bauernverband zwar nicht unsere Forderungen, so doch unsere Worte und Ausführungen mittlerweile übernimmt, dann deshalb, weil der Druck so stark ist, daß er es muß. Daß der Bauernverband sich etwas einfalten lassen muß, um die Bauern wieder zu beruhigen, das ist hier zum großen Teil Erfolg der agrarpolitischen Arbeitskreise der Westf.-Lipp. Landjugend.

Wie Don Quichot gegen Windmühlenflügel?

Obwohl diese Arbeit wichtig war und ebenso für die Zukunft ist, meinen wir heute, daß sie nicht mehr ausreicht. Denn wir haben auch erkennen müssen, wie fein pluralistisch gegliedert, aber dennoch hoch konzentriert und einzig die wirtschaftliche und politische Macht des Staates und der Verbände ist. Eine Macht, die es sich leisten kann, Argumente und Widerstand zu übergehen, selbst dann, wenn der viel stärker ist als der der Bauern, so z. B. die AKW-Bewegung oder die Flughafengegner in Frankfurt.

Angesichts dieser Macht mutet unser Kampf an wie der Don Quichotes gegen die Windmühlenflügel und Resignation liegt nahe. Dies auch angesichts weiterer Erfahrungen:

Die Opposition ist uneinheitlich und zersplittert. Sehr viele Bauern haben bereits resigniert. Zuvor haben sie schon machtlos zugeschaut, wie der Strukturwandel Löcher in die Bauernreihen gerissen hat. Viele haben Angst. Zuoft mußten sie erleben, wie Kritiker als Nörgler und Spinner isoliert wurden; wie die Betroffenen, wenn sie unerfahren und nervös sprachen, von den Funktionären fertig- und lächerlich gemacht und obendrein von den Kollegen noch ausgelacht wurden. Ebenfalls wissen viele Bauern, daß die Grüne Front mit ihrer Verbindung zu Banken u. a. m. weitere Mittel als Worte hat, um Kritiker auszuschalten.

Trotz dieser Erfolge müssen wir feststellen: Die Art und Weise wie wir bisher den Kampf

geführt haben, also Argumente und Worte, reicht nicht mehr aus!

Auf jeder Versammlung mit unserem Film: „Drei Bauern unter einem Hut“, zu der ich als Diskussionspartner eingeladen war, wurde der Film mehrheitlich begrüßt, drückte er doch die Sorgen der Bauern hautnah aus. In mehreren Versammlungen ging es dann anschließend um die Pachtpreise und darum, daß wenige Landhaie, die oft von weit her zur Pachtung angeeignet kommen, viel Land an sich reißen.

Hier liegt ein Ansatzpunkt zukünftiger Politik: Nicht nur schimpfen, sondern in Eigeninitiative auf Ebene des Ortsvereins, Regelungen diskutieren und beschließen, nach dem das Land verpachtet wird. Regeln, die folgende Punkte beinhalten könnten:

- Verpachtung öffentlich ausschreiben und abschließen
- diskutieren, wer Land braucht
- die Nachbarn bei der Verpachtung bevorzugen
- Pachtpreise festlegen, die Pächtern und Verpächtern gerecht werden.

Hatte ich dieses gesagt, fühlte ich mich jedesmal wie ein Prophet, der Wunder predigt. Keiner konnte glauben, daß diese Pachtregelungen in Wirklichkeit umzusetzen wären.

Worte reichen hier nicht, um etwas zu bewegen!

Die Bauern, die sich heute wehren, sind selten die ärmsten. Sie besitzen häufig mittlere Betriebe mit mittlerem Einkommen; sie sind gewachsen, der eine in vielen kleinen, der andere in großen Schritten. Die oppositionellen Bauern sind mit ihren Betrieben nicht frei von wirtschaftlichen Zwängen.

So sprach ich auf Versammlungen gegen den Strukturwandel, sah damals für mich betrieblich jedoch keine andere Möglichkeit, als zu expandieren und einen Boxenlaufstall zu bauen. Dieser Widerspruch von politischem Denken und betrieblichem Handeln wird nicht akzeptiert und macht mich und uns unglaubwürdig. Die Gegner tun das Ihre, mit Lügen und Gerüchten in diese Kerbe zu hauen.

Auch um glaubwürdig zu sein reichen Worte nicht mehr aus!

Der Weg des politischen Widerstandes muß weiter verfolgt werden, aber das reicht nicht mehr aus! D. h. wir müssen neben dem Reden auch die Tat praktizieren. Wir müssen Formen der Selbsthilfe aufbauen, um praktisch zu zeigen, was wir wollen. Wir müssen Beispiele schaffen, in denen unsere Gedanken zur Tat werden und den Hoffnungslosen zeigen, daß was möglich ist. Wir müssen neben der Kritik der falschen Politik auch Positives schaffen, aus dem wir Mut und Motivation zur Weiterarbeit entnehmen können.

Selbsthilfe muß zur praktischen Solidarität werden!

Immer mehr Personen fangen bereits damit an. In der Regel sind es Formen des biologischen Landbaus, Direktvermarktung u. ä. m. Selbsthilfe muß aber auch auf andere Gebiete ausgedehnt werden. So ist der ‚bäuerliche Kontrollverein Lippborg‘, der die Klassifizierung und Schlachtung der Schweine stichprobenhaft im Schlachthof kontrolliert, eine solche Form. Weitere Beispiele:

- Neue Maschinenringe da, wo die alten zu Lohnunternehmen wurden
- Neue Formen der Zusammenschlüsse beim Verkauf unserer Produkte (Verkaufsgemeinschaften bei Schweinen und Milch)
- Gemeinschaftliche Formen der Erzeuger-Verbraucher-Direktvermarktung
- gerechte Pachtregelungen
- Neue Formen der Ortsvereinsarbeit sowie eigene Organisation einer kulturellen Arbeit
- Dazu gehören auch Zusammenschlüsse gegen ungerechtfertigte Flurbereinigungen und Notgemeinschaften gegen Atomanlagen wie z. B. in Gorleben.
- Aber wir müssen auch Lösungen finden, wie die Arbeit auf den Höfen von mehr Leuten bewältigt werden kann ohne aber ein Lohnarbeitsverhältnis herzustellen.

Es geht hier nicht darum, eine vollständige Liste vorzustellen, was wir auch gar nicht könnten.

Die eigene Zukunft in die Hand nehmen, die Interessen selbst vertreten, das muß auch auf dem Gebiet der Selbsthilfe gelten. Positive, hoffnungsgebende Beispiele aufzuzeigen, den ländlichen Raum zu stärken, ein neues Verhältnis von Stadt und Land anzustreben, regionale Besonderheiten und Zusammenhänge berücksichtigen, das alles ist auch mit unsere Aufgabe.

Die Organisation von Selbsthilfe ist ein Ausweg, sie ist mehr als politisch neue Linie. Dies ist

ein Stück Zukunft, ein Stück verwirklichter Traum von etwas Lebenswertem.

Zum Schluß noch einige Sätze zu den Ausichten unserer Arbeit. Viele von uns fragen sich im Stillen, ‚kommen wir nicht zu spät? hat es noch Sinn? lohnt sich die Arbeit noch?‘

Ich weiß es nicht. Ich weiß nur, daß wir es versuchen müssen, weil unsere Alternative die Aufgabe ist. ‚Bei sinkender Sonne werfen auch die Kleinen lange Schatten! Und die agrarpolitische Sonne sinkt.‘

Aber ich glaube auch: Es gibt keine gerechte Agrarpolitik in einer ungerechten Gesellschaft.

Das bedeutet, wir müssen Verbindung schaffen zu anderen Gruppen und Strömungen, die in ihrem Bereich für mehr Gerechtigkeit eintreten. Letztlich werden die grundlegenden landwirtschaftlichen Probleme, wie viele andere auch, nur durch eine breite, soziale Bewegung in Angriff genommen, die mehr Gerechtigkeit und Demokratie will, jedoch nicht nur auf dem Papier.

Unser Widerstand und die Selbsthilfe ist der Beitrag, den wir dazu leisten können.

Aus den Arbeitskreisen

AG: Futtermittel aus der Dritten Welt?

Der Import von Futtermitteln aus der Dritten Welt in der EG ist in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen.

Begünstigt durch die neue Futtermittelverordnung (geschlossene Deklaration), fehlende Abschöpfungsregelungen in der EG-Marktordnung und die Ausweitung der Veredelung in großen Beständen bei Verwendung von Fertigfutter ersetzen die Futtermittelhersteller zunehmend heimische Futtermittel durch billigere Importsubstitute (vor allem Tapioka und Soja).

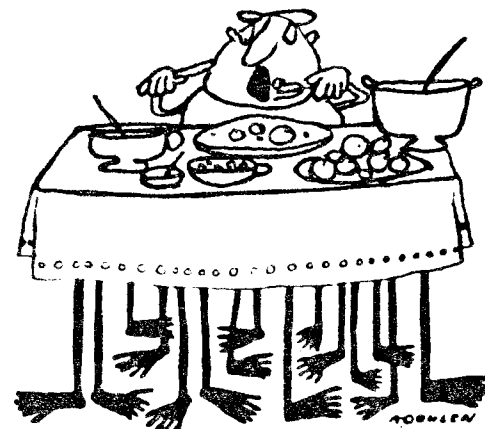
Diese Entwicklung muß aus zwei Gründen nachdenklich stimmen:

1. Der Anbau von Futtermitteln für den Export entzieht in den Herkunftsländern beste Böden für die Erzeugung von Grundnahrungsmitteln.

Das weltweite Hungerproblem wird dadurch weiter verschärft.

2. Neben dieser moralischen Überlegung muß noch eine unmittelbare Wirkung für die hiesige Landwirtschaft bedacht werden. Durch die billigere Substitution entsteht ein Preisdruck beim Getreide.

Der wirtschaftliche Nutzen der Importeure, Futtermittelhersteller und -verfütterer geht damit zu Lasten der Getreideerzeuger, noch mehr allerdings zu Lasten der Hungernden in der Dritten Welt.



Forderungen

Durch Beimischung eines bestimmten Getreideanteils könnten die Folgen des Einsatzes von Futtermitteln aus der Dritten Welt gemildert und gleichzeitig drohende Marktordnungskosten für die Verhinderung von Getreideüberschüssen gespart werden.

Zu einer grundsätzlichen Lösung des Hungerproblems ist es allerdings erforderlich, die Veredelungsintensität der europäischen Landwirtschaft insgesamt in Frage zu stellen.

Aus den Arbeitskreisen

AG: Flurbereinigung — zum Nutzen der Bauern?

Die Flurbereinigung nützt in der Mehrheit der Fälle nicht dem Bauern!

2/3 der Flurbereinigungsverfahren dienen in erster Linie nicht landwirtschaftlichen Interessen, sondern sind dazu da, für landfressende Großvorhaben Gelände zu beschaffen. Für fast jedes Großprojekt, z. B. den Flughafen München Erdinger Moos, den Rhein-Main-Donau-Kanal, das Daimler-Benz-Testgelände, das Atommülllager Gorleben, für fast jede Autobahn z. B. die Bodenseeaubahn oder jede Bundesstraße wird ein Flurbereinigungsverfahren durchgeführt.

Schon daran wird klar, wer in vielen Fällen den Nutzen von der Flurbereinigung hat.

Und das Flurbereinigungsverfahren eignet sich dafür hervorragend, man muß niemanden langwierig und kostspielig enteignen und kann großräumig planen.

Vor allem die kleineren und die Nebenerwerbsbetriebe werden durch das Flurbereinigungsverfahren benachteiligt. Das ist auch ein Ziel des Flurbereinigungsverfahrens, wie die Planer aus den Flurbereinigungsämtern offen zugeben, freundlich umschrieben mit dem Wort „agrарstrukturelle Verbesserung“.

Dieses Ziel wird auch erreicht, weil bei der Landverteilung konsequenterweise der „entwicklungsfähige“ Betrieb dem Klein- oder Nebenerwerbsbetrieb vorgezogen wird. Schließlich sind auch die Kosten und Landverluste der Flurbereinigung zu berücksichtigen, die wiederum den am Existenzminimum wirtschaftenden Kleinbetriebe härter treffen, als den Wachstumsbetrieb.

Nachteilig ist die Flurbereinigung auch für die Ökologie. Der Grundwasserspiegel wird abgesenkt, Feuchtbiotope werden zerstört, Bäche und Gräben begradigt, Bäume und Wallhecken beseitigt.

Das Verfahren läßt den Beteiligten keine Chance der Mitbestimmung oder der Gegenwehr. Das Verfahren kann und wird auch gegen den Willen der Beteiligten durchgeführt, entscheidend ist das sogenannte „objektive Interesse“.

Das zuständige Gericht ist ein Sondergericht, das nicht einmal den Anschein der Neutralität wahrt. Es ist mehrheitlich besetzt von Beamten, die aus der Verwaltungslaufbahn der Flurbereinigungsbehörde stammen.

Verschiedene Initiativen gegen die Flurbereinigung berichteten, daß Erfolge vor allem durch Mobilisierung der Öffentlichkeit und durch entschiedenen Protest der Betroffenen erreicht werden konnten.

Dabei hat sich als überaus wichtig erwiesen, daß die Bauern die Zusammenarbeit mit den Naturschützern suchen. Man ergänzt sich gegenseitig und bringt die Flurbereinigungsbehörden in ernsthafte Verlegenheit. Das zeigt sich jetzt daran, daß die Flurbereinigungsbehörden sich plötzlich einen ökologischen Anstrich geben und einen Konflikt zwischen Bauern und Naturschützern konstruieren. Die Planer geben sich nun als Vermittler zwischen Ökonomie und Ökologie aus. Dies ist jedoch nur Tünche, nach wie vor hat sich nichts daran geändert, daß mit der Flurbereinigung schwere ökologische Schäden angerichtet werden.

Der Arbeitskreis hat sich überlegt, wie man hier Selbsthilfereformen finden kann.

Der Arbeitskreis hat sich zum Ziel gesetzt, die Betroffenen aufzuklären und ihnen weiterzuhelfen. Dazu soll ein Informations-Handbuch erstellt werden, daß die Betroffenen über den Ablauf des Flurbereinigungsverfahrens, ihre rechtlichen Möglichkeiten und Beispiele erfolgreicher Gegenwehr informieren.

Als weiteres wollen wir eine Kontaktstelle für Flurbereinigung einrichten, die Informationen über die anhängigen Flurbereinigungsverfahren sammelt, Anwälte und Gutachter vermittelt. Dazu brauchen wir aber möglichst umfas-

Verkoppelung

Es geht ein Mann durch das bunte Land;
Die Meßkette hält er in der Hand.

Sieht vor sich hin und sieht sich um;
„Hier ist ja alles schief und krumm!“

Er mißt wohl hin und mißt wohl her;
„Hier geht ja alles kreuz und quer!“

Er blickt zum Bach im Tale hin;
„Das Buschwerk dort hat keinen Sinn!“

Zum Teiche zeigt er mit der Hand;
„Das gibt ein Stück Kartoffelfeld!“



Der Weg macht seinen Augen Pein;
„Der muß fortan schnurgerade sein!“

Die Hecke dünkt ihm ein Graus;
„Die roden wir natürlich aus!“

Der Wildbirnbaum ist ihm zu krumm;
„Den hauen wir als ersten um!“

Die Pappel scheint ihm ohne Zweck;
„Die muß da selbstverständlich weg!“

Und also wird mit vieler Kunst
Die Feldmark regelrecht verhunzt.

1980? Nein, 1912 — Hermann Löns, aus
„Mein blaues Buch“, 1912.

sende Informationen über die gegenwärtigen Flurbereinigungsverfahren. Deshalb bitten wir alle Leser(innen) des „BAUERNBLATT“:

Schickt uns Informationen, Berichte, Materialien über in eurer Nähe befindlichen Flurbereinigungsverfahren an folgende Adresse: Kontaktstelle Flurbereinigungsverfahren Thomas Griese, Vor dem Tore 6, 3406 Bovenden.

AG: „Bauern suchen neue Vermarktungswege — wo sind die Verbündeten?“

Als Diskussionsgrundlage diente der Bericht von Hans Gahleitner, Mitglied der Österreichischen Bergbauernvereingung und der „Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft Mühlviertel-Linz (Müli)“. Seit 1980 haben sich hier 20 Bauern und 70 Verbraucher zusammengeschlossen und betreiben gemeinsam mit einem Dritte-Welt-Laden eine Lebensmittelabgabestelle. Dieser Laden gilt rechtlich als Stelle des Ab-Hof-Verkaufs.

Von den angeschlossenen Höfen werden dreimal in der Woche die Erzeugnisse abgeholt: Milch, Brot, Gemüse, Eier, Mehl, Marmelade, Schnaps, Fleisch, Kuchen, Most u. a.

Für jedes Produkt gibt es eine genaue Herkunfts- und Herstellungsbeschreibung.

Die Preise sind für Mitglieder und für Nichtmitglieder gleich und liegen bei manchen Produkten (z. B. Milch) wesentlich unter den normalen Marktpreisen, bei anderen aber auch darüber.

Das Ziel der Müli:

„Die Integration von Landwirtschaft und Verarbeitung/Handel muß in die gemeinsame Kontrolle von Produzenten und Konsumenten gelegt werden. Das Ziel ist die Erfüllung gemeinsamer Bedürfnisse, anstatt des derzeitigen Zustands, in dem das Bedürfnis von Verarbeitung und Handel nach Profitmaximierung sowohl den Bauern wie den Verbrauchern schädigen.“

Abgesehen von der Überforderung der Bauern durch alleiniges Tragen der wirtschaftlichen Probleme neuer Vermarktungsformen ist auch vom Anspruch nach Demokratisierung und dem Abbau des Stadt-Land-Gefälles ein isoliertes Vorgehen der Bauern nicht wünschenswert.“

Untereinander soll die Zusammenarbeit gefördert werden und damit gleichzeitig das gegenseitige Verständnis über die jeweiligen sozialen Verhältnisse.

Grundsätze der Arbeit:

a) Selbstverwaltung durch Gremien, die zur Hälfte aus Bauern und zur anderen Hälfte aus Verbrauchern bestehen.

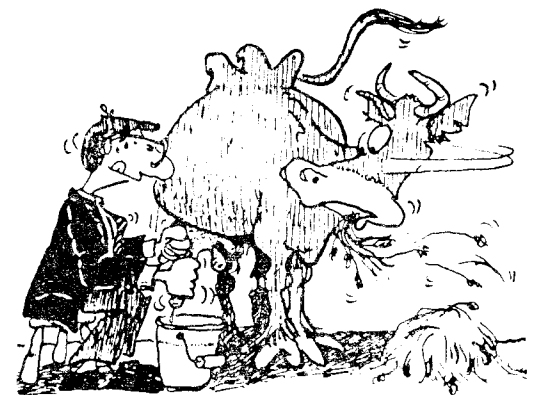
b) Dezentralität und Überschaubarkeit: Begrenzung der Mitgliederzahl auf max. 100. Wenn es mehr werden, wird eine neue Genossenschaft gegründet. Durch gemeinsame Veranstaltungen, Feste, Mitarbeit der Verbraucher auf den Höfen, soll eine möglichst intensive gegenseitige Information stattfinden.

c) Gemeinsame Festlegung der Preise und Herstellungsrichtlinien.

Bei der Kalkulation der Preise wird eine Entlohnung der bäuerlichen Arbeitskraftstunde nach durchschnittlichen Industriearbeiterlöhnen angestrebt. Gleichzeitig bemühen sich die Bauern nach Möglichkeit um rückstandsfreie, qualitativ hochwertige Nahrungsmittel. Viele Genossenschaftsbetriebe haben bereits auf „alternativen“ Landbau umgestellt oder befinden sich in der Umstellungsphase.

Die Müli will langfristig alle Erzeugnisse der Bauern auf diesem Weg an die Verbraucher vermitteln. Für leichter verderbliche Waren soll deshalb ein Kühlwagen angeschafft und ein Verbund mit anderen gleichgearteten Genossenschaften hergestellt werden, um ein vielfältiges Sortiment anbieten zu können.

Dieses Modell einer Bauern-Verbraucher-Genossenschaft ist auch bei uns realisierbar. Da das Mißtrauen gegenüber den Verbrauchern durch die Politik des DBV bei der Mehrzahl der Bauern (noch) auf Skepsis stoßen wird, ist es sinnvoll, daß sich Bauern einer Region (Arbeitskreise) zunächst einmal zusammenschließen, um diesen Weg zu gehen.



Als Konsumenten-Genossenschafter kannst Du auf den Bauernhöfen mitarbeiten ...

Aus den Arbeitskreisen

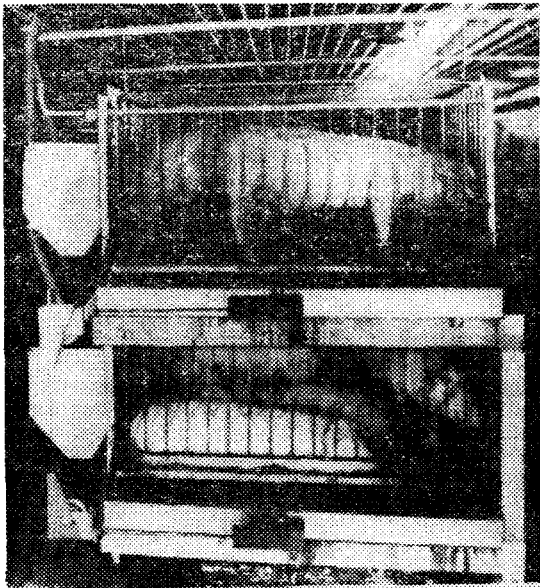
AG: Schweinemast auf dem Weg in die Agrarfabriken?

Gibt es noch Möglichkeiten bäuerlicher Selbsthilfe?

„In der Schweinemast und Schlachtviehvermarktung gibt es keine staatlichen Eingriffe — hier bestimmen Wirtschaftlichkeit und die eiskalten Grundsätze der freien Marktpolitik die Entwicklung!“ So etwa kann man das Referat von Jupp Battke aus Vechta zusammenfassen. Er erläuterte in seinem Referat, daß die Entwicklung im Raum Vechta/Oldenburg nichts mit besonderer Tüchtigkeit der dortigen Bauern oder mit sonst irgendwelchen Besonderheiten zu tun hat, sondern alleine eine Frage des günstigsten Standortes aus rein wirtschaftlichen Gründen ist.

Warum das so ist, läßt sich am besten durch einen Blick auf die Landkarte erläutern. Der Raum Vechta/Oldenburg und vielleicht noch das nördliche Münsterland liegen genau zwischen dem Küstengebiet mit den großen Häfen Bremen, Bremerhafen und Hamburg und den großen Verbrauchergebieten im Ruhrgebiet. Flächenunabhängige Tierproduktion, und das ist die Hühner- und die Schweinehaltung im zunehmenden Maße, kalkuliert die Futterkosten nach dem Transport der Importfuttermittel und die Erlöse nach den Transportkosten zu den Verbrauchergebieten und da liegt dieses Gebiet mitten drin. Deshalb ist es falsch anzunehmen, andere Gebiete könnten mit der Produktion in diesem Bereich konkurrieren. Dieses ist unmöglich! (und diese Entwicklung zeigt sich auch in der Zunahme flächenunabhängiger Milchproduktion.)

Die gleiche Entwicklung ist auch auf die Schlachtstätten zu übertragen. Die Situation ist die gleiche. Zwischen den großen Verbrauchergebieten und den Produktionsbetrieben liegen die größten Schlachtbetriebe (ca. 10 000 — 15 000 Schlachtungen pro Woche). Auch hier wandert die Produktion an den günstigsten Standort.



Doch was bedeutet diese Entwicklung für die Bauern? Durch die zunehmende flächenunabhängige Tierproduktion verlagert sich die Tierhaltung in die Agrarfabriken, die sich stark konzentriert am günstigsten Standort ansiedeln. Kleine Gebiete in der BRD werden also zunehmend die Produktion zu leisten haben, während sich die Bauern in den übrigen Gebieten sich nach anderen Erwerbsquellen umsehen müssen. Der „Strukturwandel“ wird also nicht nur zu insgesamt weniger Betrieben, sondern zunehmend auch zu Produktionsgebieten und Brachflächen führen. Mit all den Nachteilen, die diese Entwicklung für die Bauern und die übrigen Probleme wie Dritte Welt, Importfuttermittel, Einsatz von Chemie in Futtermitteln, Energiefragen usw. bringt. Diese Problematik war auch allen AK-Teilnehmern klar, ebenso wie die Not-

wendigkeit einschneidender agrarpolitischer Maßnahmen, die diese Entwicklung stoppen kann und zur Erhaltung und Verbesserung der Situation gerade der Klein- und Mittelbäuerlichen Betriebe führt.

Solche Maßnahmen könnten sein: Bestandsobergrenzen, Verbot prophylaktischer Medikamentengaben, Verbot nicht tiergerechter Haltungsverfahren (z. B. Käfighaltung bei Schweinen und Hühnern, Spaltenboden etc.) steuerliche Sonderregelungen oder andere Abgaben für Massentierhaltung.

Doch auch ein anderer Bereich wurde diskutiert, nämlich welche Möglichkeiten der Selbsthilfe den Bauern zur Verfügung stehen. Solche Maßnahmen sind ohne große gesetzliche Änderungen und langwierige Prozesse möglich und bieten so eine Möglichkeit schnell etwas zu bewirken. Solche Möglichkeiten wären z. B., daß sich Bauern gemeinsam gegen Manipulationen in der Schlachtviehvermarktung wehren, wie es am Beispiel der VVG-Lippborg aufgezeigt wurde. Weiter müssen wir wesentlich stärker darauf drängen, daß die ungerechtfertigten Preisunterschiede verschwinden. Es geht nicht an, daß selbst unsere Genossenschaften gewerbliche und auch bäuerlichen Großmastern höhere Preise zahlen als den Kleinbetrieben. Hier wären im Äußersten Unterschiede in den Transportkosten gerechtfertigt. Weiterhin dürfen auch keine unterschiedlichen Preise für Futtermittel usw. gemacht werden. Wir Bauern müssen da wo wir Einfluß haben, nämlich in den Genossenschaften, darauf drängen, daß der Kleinbetrieb zumindest zu gleichen Kosten einkaufen und zu gleichen Preisen verkaufen kann. Eine weitere Möglichkeit der Selbsthilfe wurde von einigen vorgeschlagen — die Direktvermarktung in Verbindung mit einer Erzeuger-Verbrauchergemeinschaft, die auch die Ansprüche an eine bewußtere und gesunde Ernährung berücksichtigt.

Dieser Weg wurde zwar nicht von allen AK-Teilnehmern als Möglichkeit gesehen, doch muß man diese alternative Vermarktungsform in Zukunft stärker diskutieren und ausprobieren.

